

**Rede  
des Parlamentarischen Geschäftsführers**

**Grant Hendrik Tonne, MdL**

zur Aktuellen Stunde, Antrag der Fraktion der FDP

**Scherbenhaufen in der Justizpolitik**

während der Plenarsitzung vom 03.06.2015  
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

ich möchte diese Aktuelle Stunde zunächst nutzen, um den Dank meiner Fraktion an die Staatsanwaltschaft Göttingen für ihre souveräne und sachliche Arbeit in dem hinter uns liegenden Ermittlungsverfahren zu richten. Das war alles andere als einfach – aber die Unterrichtung zu Beginn dieser Woche hat gezeigt, dass in unserem Rechtsstaat sauber und ohne Ansehen der Person gearbeitet wird. Dafür gilt allen Beteiligten unser Dank!

Das ist sehr gut so und steht nach meiner festen Überzeugung stellvertretend für die gute Arbeit der Justiz in Niedersachsen.

Der Versuch, aus der Einstellung eines Ermittlungsverfahrens politisches Kapital zu schlagen – wie die Oppositionsfraktionen dies geradezu reflexhaft versuchen – ist der Situation nicht angemessen.

Führen wir uns noch einmal die Situation am Tag der Unterrichtung vor Augen:

Die Staatsanwaltschaft entschließt sich zu einem Ermittlungsverfahren gegen einen Generalstaatsanwalt – ein bundesweit einmaliger Vorgang.

Der Hintergrund sind Durchstechereien, die zum Rücktritt des Bundespräsidenten geführt – ein bundesweit einmaliger Vorgang.

Unmittelbar bevor stand das Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen

Bundestagsabgeordneten Edathy – mit bundesweiter Beachtung.

Während der Entscheidung ein Verfahren einzuleiten, tagt der Niedersächsische Landtag.

Die niedersächsische Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz hat völlig zurecht entschieden, dass hierüber der Niedersächsische Landtag unmittelbar zu informieren ist – hier an dieser Stelle!

Ich erinnere mich noch gut an die Forderungen der Opposition zu vermeintlichen Zwischenfällen in einem Flüchtlingsheim. Sie haben hier großes Tamtam abgezogen, schlecht geschauspielert gefordert, es müsse im Plenum und nicht im Ausschuss unterrichtet werden – jetzt im Nachhinein wollen Sie es bezüglich der Entscheidung der Justizministerin wieder viel besser wissen.

Das ist ein durchschaubares politisches Spielchen.

Auch Ihre Pressemitteilungen vom Wochenende sind doch entlarvend: Sie wussten noch kein Detail der Unterrichtung, das Ergebnis stand für Sie aber schon fest.

Für uns steht nach der Unterrichtung vom Montag im Rechtsausschuss fest: Die juristische Aufarbeitung ist vorläufig zu Ende, die parlamentarische Aufarbeitung steht am Anfang.

Wir werden uns nun die Akten sehr genau ansehen und dabei werden wir ein besonderes Augenmerk darauf richten, wer von den Handelnden soll eigentlich welche Motivation dazu haben.

Für mich gab es zwei besonders spannende Aspekte der Unterrichtung:

1) Die Staatsanwaltschaft Göttingen hat 21 Fälle von Indiskretionen ermittelt, in 20 Fällen davon tauchte der Name von Dr. Lüttig auf. Gemeinsames Element aller acht Fälle, in denen ermittelt worden ist, war Herr Dr. Lüttig.

Entweder hat er Informationen weitergegeben oder mindestens fünf verschiedene Personen aus verschiedenen Behörden.

2) Die Staatsanwaltschaft hat sich nicht mit möglichen Motivationen zur Weitergabe umfassend beschäftigt.

Ich zitiere hierzu einmal aus der FAZ vom 02. Juni 2015:

*Die politische Dimension des Falls reicht jedoch über die Person Lüttigs hinaus. Denn Lüttig, selbst CDU-Mitglied, galt als Leiter der Strafrechtsabteilung des nds. Justizministeriums, der er bis Ende 2012 war, als wichtigster Vertrauter des damaligen Justizministers Bernd Busemann.*

Abschließend sei noch eine Anmerkung gestattet:

Die Vielzahl der acht Fälle, in denen Ermittlungen angestrengt worden sind, war in der Regierungszeit von CDU und FDP, unter der Ministerzeit von Bernd Busemann:

Wenn Sie sich hier jetzt ernsthaft hinstellen und hinterfragen, was wurde getan, um Durchstechereien zu unterbinden, dann fällt das in noch größerem Maß auf Sie zurück.

Die Akten werden Auskunft darüber geben, was Sie unternommen haben, ob auch Sie Anstrengungen nachweisen können, Durchstechereien zu unterbinden.

Diese Aufarbeitung beginnt – einen Scherbenhaufen richten diejenigen an, die unablässig die Justiz in diesem Lande kritisieren und das ist einzig und allein die Opposition aus CDU und FDP!